



Niederschrift

zur 16. Sitzung des Rates der Stadt Lippstadt am 15.02.2016

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 17:35 Uhr
Ende: 21:05 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Christof Sommer Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Bernhard Bartscher	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Börskens	Ratsmitglied
Herr Peter Cosack	Ratsmitglied
Frau Helga de Horn	Ratsmitglied
Herr Josef Franz	Ratsmitglied
Herr Klaus Fürstenberg	Ratsmitglied
Herr Franz Gausemeier	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Helmig	Ratsmitglied
Herr Bernhard Hörstmann-Jungemann	Ratsmitglied
Herr Gunter Gerd Köhler	Ratsmitglied
Herr Klaus Laufkötter	Ratsmitglied
Herr Ansgar Mertens	Ratsmitglied
Herr Antonius Michel-Kemper	Ratsmitglied
Frau Mechtild Niggemeier	Ratsmitglied
Herr Siegfried Pfenninger	Ratsmitglied
Frau Maike Strakerjahn	Ratsmitglied
Herr Alfred Thorwesten	Ratsmitglied
Frau Anne Walter	Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Herr Oliver Bertelt	Ratsmitglied
Herr Otto Brand	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brülle	Ratsmitglied
Frau Dr. Yasmine Freigang	Ratsmitglied
Frau Christine Goussis	Ratsmitglied
Herr Hans-Joachim Kayser	Ratsmitglied
Herr Mathias Marx	Ratsmitglied
Herr Thomas Morfeld	Ratsmitglied
Herr Josef Niehaus	Ratsmitglied
Frau Gabriele Oelze-Krähling	Ratsmitglied

Frau Sabine Pfeffer	Ratsmitglied
Herr Manuel Rodriguez Cameselle	Ratsmitglied
Herr Sven Salmen	Ratsmitglied
Herr Gunther Schmich	Ratsmitglied
Frau MdL Marlies Stotz	Ratsmitglied
Herr Udo Strathaus	Ratsmitglied
Herr Hans Zarembo	Ratsmitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Ratsmitglied
Herr Holger Künemund	Ratsmitglied
Herr Michael Rüpp	Ratsmitglied
Frau Cordula Ungruh	Ratsmitglied

BG-Fraktion

Herr Detlef Cramer	Ratsmitglied
Frau Andrea Heymann	Ratsmitglied
Herr Hans-Dieter Marche	Ratsmitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Axel Bohnhorst	Ratsmitglied
Herr Hans-Günther Ostkamp	Ratsmitglied
Herr Christian Prah	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend	Ratsmitglied
Herr Dr. Bernd Neuhoff	Ratsmitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Klaus Marke	Ratsmitglied
Herr Michael Bruns	Ratsmitglied

Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete und Stadtkämmerin Karin Rodeheger		
Herr Hartmut Neutzler	Fachbereichsleiter 1	bis TOP 16 (teilw.)
Herr Joachim Elliger	Fachbereichsleiter 3	
Herr Manfred Strieth	Fachbereichsleiter 5	
Herr Heinrich Horstmann	Fachbereichsleiter 6	nur öT
Frau Jutta Kleegräfe	Fachdienstleiterin 11	bis TOP 13 (teilw.)
Herr Michael Schaefer	Personalrat	bis TOP 13 (teilw.)
Frau Daniela Franken	Gleichstellungsstelle	bis TOP 13 (teilw.)
Herr Ben Siebenbrock	Verwaltungspraktikant FD 30	bis TOP 13 (teilw.)
Frau Julia Scharte	Pressestelle	
Frau Birgit Rubart		
Frau Sandra Milke	Schriftführerin	

Gast

Frau Carmen Harms	GF KWL	bis einschl. TOP 3
-------------------	--------	--------------------

Entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion

Herr Michael Peter Demmer

Ratsmitglied

Beginn des öffentlichen Teils um 18:10 Uhr

In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer eröffnet den öffentlichen Teil der Ratssitzung und begrüßt auch die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellt nochmals fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorliegt.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung gratuliert Herr Sommer Herrn Bruns zum 10-jährigen Ratsjubiläum und überreicht ihm einen Gutschein sowie einen Blumenstrauß. Nach der Gratulation macht Herr Sommer auf das Friedenlicht aus Bethlehem, das die Pfadfinder aus Cappel Ende letzten Jahres ins Rathaus gebracht haben, aufmerksam.

8. Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

9. 3. Änderung des Bebauungsplanes der Stadt Lippstadt Nr. 87 Bad Waldliesborn, Klusestraße

hier: a) **Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden**

b) **Satzungsbeschluss**

019/2016

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

- a) Die Stellungnahmen während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB und der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB wurden geprüft und abgewogen. Die Stellungnahme hierzu wird beschlossen.
- b) Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 87 Bad Waldliesborn, Klusestraße wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung vom 28.01.2016 wird zugestimmt. Sie wird dem Bebauungsplan gem. § 9 (8) BauGB beigelegt.

Einstimmig zugestimmt

10. Zuschuss an den Städt. Musikverein Lippstadt e. V.;
hier: Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2016/2017
294/2015

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

„ Unter dem Vorbehalt der entsprechenden Mittelbereitstellung in dem jeweiligen Haushaltsjahr wird dem Wirtschaftsplan des Städt. Musikvereins Lippstadt e. V. für die Spielzeit 2016/2017 zugestimmt. Der darin ausgewiesene Zuschuss in Höhe von 120.500 € soll in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 anteilig mit jeweils 50 % bereitgestellt werden.“

Einstimmig zugestimmt

11. Wirtschaftsplan 2016 der Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH
010/2016

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

1. Der Wirtschaftsplan 2016 der Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH wird in der vorgelegten Fassung gemäß der der Originalniederschrift beigefügten Anlage beschlossen.
2. Der Vertreter der Stadt wird angewiesen, zur Festsetzung des Wirtschaftsplanes 2016 in der Gesellschafterversammlung die entsprechende Erklärung abzugeben.
3. Die mittelfristige Finanzplanung 2016 – 2020 gemäß der der Originalniederschrift beigefügten Anlage wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig zugestimmt

12. Wirtschaftsplan 2016 der CARTEC Technologie- und Entwicklungszentrum Lippstadt GmbH
011/2016

Unter Bezugnahme auf die Vorlage beschließt der Rat:

„I. Der Rat der Stadt Lippstadt stimmt folgendem Beschluss der Gesellschafterversammlung der CarTec GmbH zu:

1. Der Wirtschaftsplan 2016 der CARTEC GmbH wird in der vorgelegten Fassung gemäß der der Originalniederschrift beigefügten Anlage beschlossen.
2. Die Gesellschafter Stadt Lippstadt und Kreis Soest verpflichten sich zum Ausgleich des prognostizierten Jahresfehlbetrages von jeweils 102,5 T€ und zur Bereitstellung entsprechend dem

Liquiditätsbedarf.

II. Die mittelfristige Finanzplanung 2016 – 2020 gemäß der der Originalniederschrift beigefügten Anlage wird zur Kenntnis genommen.“

Einstimmig zugestimmt

13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 und Fortführung des freiwilligen Haushaltssicherungsprogrammes (HSP) für die Jahre 2017 bis 2019

020/2016

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verweist Herr Sommer auf die zahlreichen Veränderungsblätter. Die Erste Beigeordnete und Kämmerin, Frau Rodeheger, informiert kurz über die aktuelle Haushaltssituation und stellt dar, dass sich der Fehlbetrag des Haushaltes auf ca. 8 Millionen Euro (je nach Abstimmungslage über die Änderungsanträge) belaufen wird.

Anschließend nehmen die Herren Mertens, Kayser, Rüpp, Marche, Bohnhorst, Dr. Neuhoff und Bruns in ihren Haushaltsreden Stellung zum Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2016 nebst Haushaltsplan und Stellenplan sowie zur Fortführung des HSP und verschiedenen Einflussgrößen auf den städtischen Haushalt (Die Haushaltsreden sind – soweit vorhanden – der Niederschrift beigefügt; es gilt das gesprochene Wort.).

Im Anschluss an die Haushaltsreden stellt Herr Sommer alle Änderungsanträge zum Erlass der Haushaltssatzung und zum Haushalt nochmals gesammelt dar. Nachdem einige Fragen zu den Anträgen geklärt wurden, lässt er über die eingereichten bzw. vorgebrachten Anträge abstimmen.

Hebesätze

(Bei der Abstimmung der Festsetzung der Hebesätze lässt Herr Sommer zuerst über den weitestgehenden Antrag abstimmen.)

Gewerbesteuer

Festsetzung Gewerbesteuer: 450 %

(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

Festsetzung Gewerbesteuer: 440 %

(Antrag der CDU-, SPD- und BG-Fraktion)

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 7 Gegenstimmen

(Die FDP-Fraktion hat beantragt, den Hebesatz der Gewerbesteuer auf 430 % festzusetzen. Über diesen Antrag wird nicht mehr abgestimmt,

da bereits einem weitergehenden Antrag mehrheitlich zugestimmt wurde.)

Grundsteuer A

Festsetzung Grundsteuer A: 300%

(Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich diesem Vorschlag an)

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 10 Gegenstimmen

(Über die Anträge der FDP-Fraktion (270%), der BG-Fraktion (260%) und der Fraktion DIE LINKE (229%) wird nicht mehr abgestimmt, da bereits dem weitergehenden Antrag mehrheitlich zugestimmt wurde.)

Grundsteuer B

Festsetzung Grundsteuer B: 460%

(Antrag der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich diesem Vorschlag an; vor der Abstimmung erklärt Herr Marche, dass sich die BG-Fraktion auch diesem Vorschlag anschließt, obwohl zuvor eine Festsetzung auf 465% beantragt wurde)

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 5 Gegenstimmen

(Über den Antrag der Fraktion DIE LINKE wird nicht mehr abgestimmt, weil bereits dem weitergehenden Antrag mehrheitlich zugestimmt wurde.)

Nach dieser Abstimmung stellt Herr Sommer fest, dass sich somit auch die Beschwerden von Herrn Grieger und den Eheleuten Wapelhorst sowie die eingereichte Online-Petition erledigt haben.

Investitionskosten/Haushaltsansatz „Auenzentrum“

Streichung des Ansatzes

(Antrag der CDU-Fraktion und der BG-Fraktion)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 21 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen

(Die SPD-Fraktion hat die Aufrechterhaltung des Sperrvermerkes für die Position „Auenzentrum“ beantragt. Nach der Ablehnung des Antrages der CDU- und der BG-Fraktion bleibt der Sperrvermerk bestehen.)

(Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Bereitstellung

von Investitionsmitteln für ein Auenprojekt/Auenpfad o.ä.“ wird nicht mehr abgestimmt, da weiterhin Mittel für ein Auenzentrum im Haushalt vorgesehen sind.)

„Umbau Tennensportplatz am Jahnplatz zu einem Kunstrasenplatz“

Anbringung eines Sperrvermerkes

(Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion)

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 3 Gegenstimmen

Positionen aus der „Investitionsplanung 2025“ im Haushalt 2016

(Antrag der CDU-Fraktion)

Nachdem sowohl Herr Mertens als auch Herr Sommer deutlich gemacht haben, dass es sich hierbei um sog. „Big Points“ handelt, fragt Herr Sommer, ob Bedenken gegen die von der CDU-Fraktion beantragte Vorgehensweise bestehen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

(Auf Nachfrage erklärt Frau Jasperneite-Bröckelmann, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Sperrvermerk der Investitionsmittel für die Umgestaltung der Schulhöfe am Dursternweg bis zur Planvorstellung im Ausschuss“ ebenfalls unter diesen Punkt gefasst werden kann.)

Haushaltssperre i.H.v. 5% aller Ausgaben im Ergebnishaushalt – mit Ausnahme von Pflichtausgaben aus Verträgen (Personalkosten, Schülerbeförderung etc.), bereits getroffenen Zusagen gegenüber Dritten (Vereinen, Vereinigungen, Ehrenamt etc.) und Beträgen unter 5.000 Euro

(Antrag der CDU-Fraktion)

Herr Sommer legt dar, dass dieser Antrag einer Konkretisierung bedarf. Aus diesem Grund schlägt er vor, dieses in der nächsten Sitzung im April zu tun. Anschließend lässt er über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 2 Gegenstimmen

(Der Antrag der FDP-Fraktion („Sperrvermerk im Bereich der konsumtiven Leistungen in Höhe von 1.000.000 €“) hat sich – nach Nachfrage bei Herrn Dr. Neuhoff – erledigt.)

Lotsen-Projekt „Willkommen in Lippstadt“ der AWO

Bereitstellung von 14.500 Euro

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und 17 Enthaltungen

Barrierefreie Erneuerung der Wegeverbindung zwischen Marktstraße und Rathausstraße

Bereitstellung von 35.000 Euro

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Sommer stellt klar, dass hierfür mindestens ein Betrag in Höhe von 55.000 Euro erforderlich ist.

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen

Renovierung/Planung Stadtmuseum

Vorziehen auf 2016 (100.000 Euro)

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen

Herrichtung Grünanlagen Westl. Umflut

Vorziehen auf 2016/2017

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

Behandlung des Themas Bürgerhaushalt in der Beteiligungskommission

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen

Aussetzung aller Maßnahmen zum Stadthausneubau am Güterbahnhof

(Antrag der BG-Fraktion)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen

Externe Dienstleistungen, die fachlich auch durch eigenes Personal durchgeführt werden können, müssen vor der Ausschreibung im jeweiligen Fachausschuss genehmigt werden

(Antrag der BG-Fraktion)

Herr Sommer schlägt vor, dass dieses im jeweiligen Fachausschuss beraten wird. Herr Marche erklärt sich mit diesem Lösungsvorschlag einverstanden.

„Marke Stadt Lippstadt“

Aufstockung auf 50.000 Euro

(Antrag der CDL-Fraktion)

(Die Herren Brülle und Mertens sind bei der Abstimmung über diesen Antrag nicht im Sitzungssaal anwesend und nehmen dementsprechend nicht teil.)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen

weitere Untersuchung und Konkretisierung der Umsetzbarkeit der „Lippstädter Welle“

Bereitstellung von 10.000 Euro

(Antrag der CDL-Fraktion)

Nach Wortbeiträgen von Frau Jasperneite-Bröckelmann und der Herren Sommer, Bohnhorst sowie Horstmann erklärt sich Herr Bohnhorst im Namen der CDL-Fraktion damit einverstanden, dass dieses Thema im Fachausschuss beraten wird.

externe Organisationsuntersuchung des Fachdienstes Gebäudewirtschaft und des Fachdienstes Liegenschaften

Bereitstellung von 50.000 Euro

(Antrag der CDL-Fraktion)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

Vergnügungssteuer – weniger pessimistische Erwartung

Erhöhung des Ansatzes auf 880.000 Euro

(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Herr Bruns zieht den Antrag zurück.

Bilanzgewinn der Stadtentwässerung AöR/Anweisung an die Vertreter der Stadt

Ausschüttung in Höhe von 1.500.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen

„Marke Stadt Lippstadt“

Verschieben auf 2017 (20.000 Euro)
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen

Abschaffung Elternbeiträge für alle Geschwisterkinder

Kürzung des Ansatzes um 125.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen

Schaffung einer Stelle bei einem freien Träger für die Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und die Koordination ehrenamtlicher Hilfe

Bereitstellung von 65.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen

zusätzliche Mittel für Medienanschaffung in der Bücherei

Erhöhung des Ansatzes um 5.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen

halbe Stelle (EG 5) zusätzlich in der Bücherei (von 8 auf 8,5 Planstellen insgesamt)

Erhöhung des Ansatzes um 23.500 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

zusätzliche Mittel für Lesungen und Veranstaltungen in der Bücherei

Erhöhung des Ansatzes um 5.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen

Zusätzliche Mittel für den weiteren Ausbau des freien WLAN

Erhöhung des Ansatzes um 5.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen

Rücknahme der Kürzung beim „Tag der Begegnung der Kulturen“

Erhöhung des Ansatzes um 3.000 Euro
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

Im Anschluss an die Abstimmungen und nachdem Herr Marche beantragt hat, über die Ziffern 1 und 2 getrennt abstimmen zu lassen, trifft der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage und unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Änderungsbeschlüsse zum Haushaltsplanentwurf folgende Entscheidung:

1. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit ihren Anlagen (unter Einbeziehung der mittelfristigen Finanzplanung bis einschl. 2019) auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs der Haushaltssatzung / des Haushaltsplanes und der beigefügten Veränderungsblätter sowie der in der Sitzung beschlossenen Veränderungen.

Haushaltssatzung

der Stadt Lippstadt für das Jahr 2016

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208), hat der Rat der Stadt Lippstadt mit Beschluss vom 15.02.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Lippstadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit
dem Gesamtbetrag der Erträge auf 173.051.844 EUR

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 181.240.556 EUR

im **Finanzplan** mit
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 160.606.867 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 162.382.120 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus der Investitionstätigkeit auf 11.669.540 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus der Investitionstätigkeit auf 27.974.634 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus der Finanzierungstätigkeit auf 17.880.160 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus der Finanzierungstätigkeit auf 17.785.240 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 19.850.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 28.477.900 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 0 EUR und die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 8.188.712 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	300 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	460 v.H.
2.	Gewerbsteuer auf	440 v.H.

§ 7

Haushaltssicherungskonzept entfällt

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

2. Der Rat nimmt die Berichterstattung über die Ausführung des HSP im Jahr 2015 zur Kenntnis und beschließt die Fortführung des HSP für die Jahre 2016 bis 2019.

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

14. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für Übergangwohnheime hier: Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses 013/2016

Der Rat beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage:

„Der nachstehende Dringlichkeitsbeschluss wird genehmigt.

Dringlichkeitsbeschluss gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW

Bei dem Auftragssachkonto B 02017001-7832111 „Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für Übergangwohnheime“ sowie dem Produktsachkonto 002001007-5431200 „Aufwand für GWG“ werden überplanmäßig zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 80.000,00 € bereitgestellt.

Die Deckung dieser zusätzlich bereitgestellten Mittel erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Produktsachkonten 002001007-4481200/6481200 „Erstattung der Aufwendungen durch das Land“. An dieser Stelle wurden über den Haushaltsansatz in Höhe von 790.000,00 € hinaus folgende Beträge vereinnahmt, die der Deckung der enormen Mehraufwendungen der Stadt Lippstadt im Bereich der Flüchtlingsunterbringung dienen.

Landeszuweisung nach dem FlüAG =	1.382.793,00 €
Pauschale Sonderzahlung nach AsylbLG =	241.966,00 €
<u>Entlastungsmittel Bund I, II und III =</u>	<u>1.430.051,16 €</u>
Summe	3.054.810,16 €

Haushaltsansatz 2015 =	790.000,00 €
„Mehrbetrag“ =	2.264.810,16 €

Lippstadt, den 19.12.2015

gez. Christof Sommer
Bürgermeister

gez. Ansgar Mertens
Ratsmitglied

gez. Hans-Joachim Kayser
Ratsmitglied

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

15. Mitteilung über das Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2016
041/2016

Herr Sommer nimmt Bezug auf das Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ und erläutert den derzeitigen Sachstand. Gleichzeitig teilt er mit, dass das Sonderprogramm sehr gut nachgefragt wird. Über den weiteren Verlauf soll im entsprechenden Fachausschuss berichtet werden.

16. Berichterstattung zur aktuellen Situation der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
052/2016

Zur Berichterstattung zur aktuellen Situation der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Lippstadt übergibt Herr Sommer Herrn Elliger das Wort.

Herr Elliger gibt einen umfassenden Überblick über die Flüchtlingssituation in Lippstadt. Dabei geht er sowohl auf die in Lippstadt eingerichteten Notunterkünfte an der Lipperoder Straße und am Lippe-Berufskolleg als auch auf die Übergangswohnheime/Wohnungen ein. Die angesprochenen Notunterkünfte werden bis zum 30.06.2016 (Lipperoder Straße) bzw. 30.09.2016 (Lippe-Berufskolleg) weiter betrieben. Diese beiden Unterkünfte haben 610 Plätze, davon sind derzeit 212 Plätze belegt. Bei einem Wegfall einer Notunterkunft muss mit einer erhöhten Anzahl von regulären Zuweisungen gerechnet werden. In den 22 von der Stadt vorgehaltenen Standorten sind zum aktuellen Zeitpunkt 542 Personen untergebracht. In diesem Monat haben keine weiteren Zuweisungen stattgefunden. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass ab März wieder neue Zuweisungen erfolgen. Insbesondere vor dem Hintergrund des Wegfalls einer Notunterkunft ist es erforderlich, dass ein entsprechender Puffer zur Unterbringung vorgehalten wird. Der Neubau an der Stirper Straße soll Mitte März belegt werden (zunächst mit einer Kapazität von 120 Plätzen). Die Unterbringung in Turnhallen soll auch weiterhin vermieden werden. Die zugrunde gelegten Kapazitäten der einzelnen Standorte müssen auch vor dem Hintergrund der Belange des vorbeugenden Brandschutzes z.T. reduziert werden.

17. Bericht über allgemeine Sicherheitslage in Lippstadt
051/2016

Nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes durch Herrn Sommer berichtet Herr Elliger über die Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung in Lippstadt.

Herr Elliger teilt mit, dass ihm von der Polizei auf Nachfrage einige Daten zur Berichterstattung übermittelt worden sind. In seinem Bericht thematisiert er insbesondere die Bereiche der Prävention und der außenveranlassten Einsätze. Außerdem teilt er mit, dass Zuwanderer aus Nordafrika zunehmend Probleme bereiten, vor allem wegen des Drogen- und Alkoholkonsums. Weiterhin informiert Herr Elliger darüber, dass Sexualdelikte keine Rolle spielen. Herr Sommer ergänzt, dass sich die Konflikte im Wesentlichen auf die Einrichtungen beschränken. Außerhalb der Einrichtungen gibt es keine signifikanten Auffälligkeiten, so Herr Sommer weiter.

Nach dem Bericht bedankt sich Herr Mertens und bittet gleichzeitig darum, dass die Berichterstattung (als Routine) beibehalten wird. Abschließend gibt es noch Wortmeldungen von Herrn Mertens und Herrn Prah.

18. Fragen der Ratsmitglieder/Berichte der Verwaltung

18.1. PS-Los von Frau Pfeffer

Herr Sommer teilt mit, dass das von Frau Pfeffer seit einigen Jahren gekaufte PS-Los im Monat Januar 4,80 Euro für die Stadt eingebracht hat.

**18.2. Nachfrage von Herrn Künemund zum Vorschlag von Herrn Gausemeier
(Hausrat-Depot für Flüchtlinge)**

Herr Künemund nimmt Bezug auf die Idee von Herrn Gausemeier aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Hausrat-Depot für Flüchtlinge) und fragt, ob die Verwaltung auf diesen Vorschlag eingeht. Herr Sommer teilt mit, dass dieser Ansatz grundsätzlich richtig ist und bereits gebrauchte Gegenstände eingesetzt werden. Allerdings ist dieses in den von der Stadt vorgehaltenen Wohnheimen nicht immer möglich (z.B. platzsparender Einsatz von standardisierten Möbeln erforderlich). Sobald die Flüchtlinge dauerhaft in Lippstadt bleiben und von den Wohnheimen in reguläre Wohnungen umziehen, so Herr Sommer weiter, ist der richtige Zeitpunkt für ein von Herrn Gausemeier angeregtes Hausrat-Depot.

Ende des öffentlichen Teils um 21:05 Uhr.

gez. Sommer
Vorsitzender

gez. Milke
Schriftführerin